**Anlagen zum Schreiben, Erlaubnis, vom 20.7.2023**

**Es herrscht Endzeitstimmung! Die Ampel und die CDU, CSU schmieren ab!**

**Der Berliner "Querbeauftragte" Alfonso Pantisano (rechts im Bild!) hat Julian Reichelt wegen Kritik an der Regenbogenflagge angezeigt...Es geht um den Straftatbestand Volksverhetzung. Und genau in diesem Zusammenhang sollte man sich vielleicht das Bild noch einmal genauer anschauen...Interessant und SCHLIMM ist, dass die Presse schweigt. Immerhin soll Kritik in unserem Land jetzt kriminalisiert werden...Wo wir aber gerade beim Thema sind: Karl Lauterbach vor etwas mehr als einem Jahr wörtlich: "Das ganze Land wird in Geiselhaft der ungeimpften Menschen sein"... Dies sagte er, WISSEND, dass das wissenschaftlich absolut unwahr ist! Sorry, aber genau DAS ist Volksverhetzung! Und ALLE haben damals gejubelt! Liebe Querbeauftragten: Ihr könnt fehlende Selbstakzeptanz und Selbstliebe niemals finden, in dem Ihr versucht, die Gesellschaft dazu zu zwingen, Euch zu lieben...Ihr fordert Toleranz, dann solltet Ihr wenigstens wissen, dass das nicht das gleiche ist wie bedingungslose Akzeptanz... Und Toleranz gegenüber Demokratie zersetzenden Strömungen wie Angriffe auf die Meinungs- oder Pressefreiheit entspricht nicht unserem Grundgesetz, weshalb ihr gerade ganz genau das Gegenteil von dem erreicht, was Ihr anstrebt! Das ist wirklich traurig, aber das ist auch wirklich wahr... Julian Reichelt: Es kann doch niemand ernsthaft glauben, dass diese ideologische Regenbogen-Beflaggung in Kreuzberg vor ein Gericht gehört oder anderswo vor ein Polizeipräsidium. Ein Familiengericht, das künftig darüber entscheidet, ob Eltern das Kind weggenommen wird, wenn sie einer Geschlechtsumwandlung nicht zustimmen wollen.**

**Unfassbar: Deutscher Zoll beschlagnahmt Autos russischer Urlauber! Sie mussten inzwischen wieder freigegeben werden. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine erlässt die EU zahlreiche Sanktionen gegen Russland. Dennoch dürfen russische Staatsbürger nach wie vor in die EU einreisen, wenn die nötigen Papiere vorliegen. Doch Begegnungen mit dem deutschen Zoll nehmen immer häufiger ein böses Ende! In die EU eingereisten? Verabschieden Sie sich von Ihrem Auto! Wie man Russen in Deutschland die PKW wegnimmt! Unter dieser Überschrift berichten mehrere russische Nachrichtenseiten über Erfahrungen, die inzwischen zahlreiche russische Bürger in den vergangenen Wochen auf deutschen Straßen gemacht haben: Der Zoll hat ihre Autos konfisziert! Das alles sind: KEINE Fake-News. Auf Nachfrage von ntv.de, was es mit diesen Vorfällen auf sich hat, halten sich die deutschen Behörden bedeckt. Der Zoll verweist in einer E-Mail lediglich auf Artikel 3i der EU-Sanktionsverordnung Nr. 833/2014. Das Bundesfinanzministerium, dem der Zoll unterstellt ist, ist nicht auskunftsfreudiger. „Ansonsten werde man sich zu diesen Fällen nicht äußern“, erklärt der Sprecher weiter. Der absolute Hammer! (Zitat des BFM) „Wenn Fahrzeuge aus Sicht der Eigentümer zu Unrecht beschlagnahmt werden, steht es ihnen in Deutschland frei, Rechtsmittel einzulegen." What? Faktisch ist die Rechtslage völlig unsicher, ob der Zoll hier nicht seine Kompetenzen völlig überschreitet?! Abgesehen davon: Wie viel ukrainische Staatsbürger kommen mit dem Auto, sogar unversichert, nach Deutschland, um sich illegal und mit gefälschten Papieren enorme Summen an Sozialleistungen für sich zu ergaunern? (Zahlreiche Medien berichten). Wo blieb denn da der Zoll und die Staatsanwaltschaft? (Patrick Greiner).**

**Außenminister Sergej Lawrow: Sehr oft ist zu hören, dass der Konflikt in der Ukraine vermeintlich im Februar 2022 mit der „unprovozierten Aggression“ Russlands begann. Das ist eine vollkommen falsche Behauptung. Ich möchte daran erinnern, dass Washington und seine Satelliten aus der Europäischen Union den Staatsstreich in Kiew im Februar 2014 inszenierten. Genau diesen Moment sollte man als Anfangspunkt der darauffolgenden Geschehnisse betrachten. Infolge des Staatsstreiches wurde der rechtmäßig auserwählte Präsident der Ukraine gestürzt. Dabei kamen pro-westliche und anti-russische Kräfte unterstützt von Anhängern neonazistischer Gruppierungen von Hitler-Kollaborateuren Stepan Bandera und Roman Schuchewitsch an die Macht. Es erschütterte jenes Land bis in die Grundfesten, das sich nur dann ruhig entwickeln konnte, falls das komplizierte innenpolitische und interethnische Gleichgewicht erhalten geblieben wäre. Dieses Gleichgewicht wurde mit absolut barbarischen Mitteln mithilfe des Westens zerstört, der auf solche Weise die geopolitischen Ziele der Erschließung von neuen Gebieten zu lösen versuchte, die einst Teil eines vereinten Staates von russischen und russischsprachigen historisch zu Moskau neigenden Menschen bewohnt waren. Nachdem die neue illegitime Macht in Kiew die östlichen Regionen bedrohte, die den gestürzten Präsidenten Wiktor Janukowitsch unterstützten, trat die Krim aus der Ukraine aus und die Bevölkerung der Halbinsel stimmte während der freien Willensäußerung unter voller Einhaltung der Völkerrechtsnormen für die Wiedervereinigung mit Russland. Im russischen Donbass brach ein bewaffneter Aufstand aus. Das Kiewer Regime hat nie daran gedacht, das Problem mit politischen und diplomatischen Mitteln zu lösen. Im Laufe viele Jahre vernichtete es die Bewohner der Region nur dafür, dass sie ihre Muttersprache – die russische Sprache – sprechen, ihrer Geschichte huldigen und das Andenken an die Helden des Großen Vaterländischen Krieges bewahren wollten, die vor fast 80 Jahren die Völker Europas von den Gräueln des Hitlerismus befreiten.**

**Geplante Änderung zur Schöffenwahl: Damit Extremisten nicht als Schöffen über Schuld und Strafmaß mitentscheiden dürfen, will Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) das Richtergesetz ändern. Bislang sind vom Schöffenamt nur Menschen ausgeschlossen, die „gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder der Rechtsstaatlichkeit verstoßen“ oder wegen einer Tätigkeit für die DDR-Staatssicherheit als nicht geeignet gelten. Laut der Kabinettsvorlage, die der Deutschen Presse-Agentur vorliegt, darf künftig zusätzlich nicht zum ehrenamtlichen Richter berufen werden, „wer keine Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt“. Der Entwurf des Bundesjustizministeriums sieht neben der Vorschrift zur Verfassungstreue der Schöffen auch eine Regelung vor, die es leichter machen soll, Berufsrichter bei schuldhaftem Fehlverhalten außerhalb des Dienstes in den Ruhestand zu versetzen. In dem entsprechenden Paragrafen des Richtergesetzes soll klargestellt werden, dass dieser Schritt parallel zu einem Disziplinarverfahren gegen den Richter oder die Richterin vollzogen werden kann. Quelle: merkur.de - Diese Änderung des Richtergesetzes steht wohl im Zusammenhang mit der allgemeinen Hysterie des AfD-Höhenfluges. Dabei wäre es interessant zu wissen, ob und wieviel Verfahren gegen amtierende Schöffen nach der bisherigen Regelung in den letzten Jahren geführt und mit der Absetzung der Laienrichter beendet wurden. Ist die Tendenz steigend? Die neue (oben zitierte) beabsichtigte Änderung der Voraussetzung für eine Nichtzulassung ist aus mehreren Gründen nämlich problematisch: Wer führt diese Prüfung unter welchen Kriterien vorab durch? Ein Rechtsmittel hiergegen ist langwierig und u.U. kostenintensiv. Die Formulierung dürfte im Hinblick auf das Bestimmungsverbot des GG bedenklich sein („Gummiparagraph“) Werden AfD-Symphatisanten ggf. unter Generalverdacht gestellt?**

**Bei Letzteren würden nach den derzeitigen Umfragen ca. ein Fünftel der Bürger von vornherein nicht als Schöffen in Betracht kommen. Damit würde sich der Rechtsstaat weiter von den Bürgern dieses Landes entfernen. Hier besteht dringender Diskussions- und Handlungsbedarf.**